

materiellen und kulturellen Lage der Werktätigen und in der Sicherung des Friedens am sichtbarsten und symbolisch zum Ausdruck kommt.

In unseren volkseigenen Betrieben arbeiten die Menschen nicht mehr für die Konzernherren. Sie brauchen keine Angst mehr vor Arbeitslosigkeit zu haben. Sie arbeiten für unsere demokratische Wirtschaft, für unsere neue, demokratische Ordnung. Sie arbeiten für sich. In der Aktivistenbewegung kommt die neue Einstellung zur Arbeit zum Ausdruck. Die Arbeiter wissen, wofür und für wen sie arbeiten. Die Arbeiter haben sich in den letzten Jahren ein Vaterland geschaffen, das sie vorher nicht hatten, und heute arbeiten sie für ihr Vaterland. Mit der Aktivistenbewegung werden die alten Normen gebrochen. Die Ingenieure und Techniker müssen die Erfahrungen der Aktivisten auswerten und damit der höheren Arbeitsproduktivität einen Weg ebnen. In der engen Zusammenarbeit zwischen Aktivisten und technischer Intelligenz, in der höheren Arbeitsproduktivität liegt die Überlegenheit der volkseigenen Betriebe gegenüber den alten kapitalistischen Betrieben.

Wenn dieses Gesetz heute beschlossen wird, kann es nicht mehr allein die Aufgabe unserer Regierung und unserer demokratischen Verwaltung sein, dieses Gesetz durchzuführen. Dieses Gesetz der Arbeit, dieses große und fortschrittliche Werk, kann nur verwirklicht werden, wenn die Arbeiter in den Betrieben es selbst verwirklichen. Die Gewerkschaften haben in den letzten Jahren in ihrer Arbeit große Erfolge errungen. Sie müssen noch mehr Anstrengungen machen, um die Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung in den Betrieben vorwärtszutreiben. Wir werden den Gewerkschaften jede Unterstützung und Hilfe zuteil werden lassen, die notwendig ist, um ihre Arbeit zum Wohle unseres Volkes zu verrichten. Aus Tausenden von Aktivisten werden Zehntausende werden, aus Zehntausenden vorbildlichen Arbeitern müssen Hunderttausende werden. In der Durchbrechung der Normen, im Kampf des Neuen gegen das Alte ist der Aufstieg begründet, den wir weitergehen wollen. Wenn wir mehr, besser und billiger produzieren, können die Werktätigen billiger, besser und mehr kaufen und ihre materielle und kulturelle Lage entscheidend verbessern. In der Erfüllung und Übererfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1950 liegen die Voraussetzungen, die für die Verbesserung der Lage der Werktätigen notwendig sind. Wir werden in den nächsten Jahren einen Lebensstandard erreichen, der höher liegt als je zuvor. Unser Beispiel zeigt den Arbeitern und den fortschrittlichen Kräften in Westdeutschland den Weg und schafft damit alle Voraussetzungen für das einheitliche, demokratische und friedliebende Deutschland, für Wohlstand und Frieden. Wir sind von der Richtigkeit unseres Weges in der Deutschen Demokratischen Republik überzeugt, und deshalb stimmt die Fraktion der Sozialistischen Einheitspartei diesem Ge-

setz zu!

(Lebhafter Beifall)

### Präsident Dieckmann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, so daß ich die Beratung nunmehr schließen kann.

Die erste und zweite Lesung des Gesetzentwurfs sind durch Ihren Beschluß miteinander verbunden worden, auf die Fristen des § 24 der Geschäftsordnung ist verzichtet worden, so daß die Abstimmung nunmehr vorgenommen werden kann.

Bevor ich zur Abstimmung schreite, halte ich mich für verpflichtet, dem Hohen Hause aus der außerordentlich großen Zahl von Entschließungen unterschiedlichster Betriebe und Verwaltungen, zahlreicher volkseigener Betriebe, Privatbetriebe, Amtsgerichte, Richterschulen, Justizbehörden, MAS usw. einige Sätze zu verlesen, die den Inhalt auch der meisten anderen Entschließungen, die allerdings sehr viel ausführlicher zumeist gehalten sind, kennzeichnen.

### Der Berliner Rundfunk schreibt:

Das große Ziel, den schaffenden Menschen in den Mittelpunkt allen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Geschehens zu stellen, wird damit in dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik erfüllt.

Wir sprechen die Hoffnung aus, daß dieses Gesetz auch in absehbarer Zeit für Berlin in Anwendung gebracht werden kann.

### Die Belegschaft des Berliner Bremsenwerkes:

Wenn jetzt die Förderung der Aktivistenbewegung, die Durchführung der Wettbewerbe, die Nachwuchsbildung, die Qualifizierung der Frauenarbeit und regelmäßige Produktionsbesprechungen Gesetzeskraft erhalten, sehen wir darin die Fundamente zur weiteren und schnelleren Verbesserung des Lebensstandards der werktätigen Bevölkerung. Unser Dank wird darin bestehen, daß wir alle Bemühungen und alle Maßnahmen der deutschen demokratischen Regierung und des demokratischen Magistrats mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen.

### Magistrat von Groß-Berlin, Abteilung Post und Fernmeldewesen:

Das Gesetz ist ein weiterer Beweis dafür, daß im Mittelpunkt der demokratischen Gesetzgebung die Sorge um den arbeitenden Menschen steht. Darüber hinaus zeigt es den Weg in eine wirtschaftliche Ordnung, in der es keine Krisen und keine Arbeitslosigkeit mit ständiger Verelendung der Arbeiter gibt, sondern für jeden Werktätigen das Recht auf Arbeit, Bildung und steigenden Wohlstand garantiert ist.

### Ein Telegramm der MAS Ermsleben:

Die MAS Ermsleben begrüßt die Gesetzesvorlage der Regierung, wodurch Berliner Beschlüsse des FDGB verwirklicht und den Arbeitern in der Deutschen Demokratischen Republik wieder ein Recht eingeräumt wird. Versprechen, Kampf in der Nationalen Front zu verstärken, noch besser zu arbeiten, um Regierungsprogramm restlos zu verwirklichen.

In diesem Sinne und in diesem Geiste sind alle Entschließungen gehalten, die uns hier erreicht haben. Sie kündigen davon, welchen Anteil die gesamte Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik an diesem Gesetz nimmt.

Ich mache dem Hause schon jetzt davon Mitteilung, daß eine Abordnung der Betriebe gebeten hat, wenn das Gesetz nunmehr durch Ihre Abstimmung Gesetzeskraft erhalten wird, hier vor dem Hause den Dank der werktätigen Bevölkerung unserer Republik auszusprechen. Ich darf Ihrer Zustimmung dazu versichert sein, daß wir diese Delegation empfangen.

(Lebhafte Zustimmung)

Ich schreite nunmehr zur Abstimmung und bemerke dazu folgendes: Zur Abstimmung steht die Drucksache Nr. 79. Die Drucksache Nr. 78 ist — worauf der Herr Berichterstatter vorhin schon hingewiesen hat — auf Beschluß der beiden beteiligten Ausschüsse zurückgezogen worden. Wir haben es also bei der Abstimmung ausschließlich mit der Drucksache Nr. 79 zu tun.

Dazu liegt der von der Frau Abg. Käthe Kern vorgebrachte Abänderungsantrag ihrer Fraktion vor, den § 46 wie folgt zu fassen:

Für den Gesundheitsschutz der schwangeren Frauen wird die Dauer der Wochenhilfe vor der Geburt auf 5 Wochen und nach der Geburt auf 6 Wochen festgesetzt.

Da es kein formeller Abänderungsantrag ist, der hier vorliegt, darf ich Ihr Einverständnis damit voraussetzen,